

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Verkaufspreis monatlich 2,- RM. Alle Postgebühren, Werbungen und Anzeigen sind im Voraus zu entrichten. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wagenpreis: die 4spaltige Zeile 20 Rpf., die 6spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostgen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 13 — 91. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Sonnabend, den 16. Januar 1932

Nervenprobe.

Der erste Schritt — Laval's neues Kabinett — Das Spiel mit den „Sanktionen“ — Erst draußen, dann drinnen.

Mit außerordentlicher Befriedigung ist in der geradezu nervenzerrüttenden Atmosphäre dieser Tage wenigstens das eine festzustellen: Was Dr. Brüning auf der Lausanner Konferenz den versammelten Mächten sagen will. Räumlich: Daß laut Baseler Bericht Deutschland zahlungsunfähig sei. Daß die deutschen Tributzahlungen im engsten ursächlichen Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lage ständen. Daß sich die Voraussetzungen des Young-Plans wesentlich geändert hätten. Daß diese drei Tatsachen die Fortsetzung der politischen Zahlungen für Deutschland unmöglich machten. Daß jeder Versuch, das System solcher politischen Zahlungen aufrechtzuerhalten, dessen Unheil über die Welt bringen müsse. Und daß Deutschland die Vertreter der Gläubigermächte auffordere, dieser Sachlage Rechnung zu tragen. Nichts weniger, aber auch nichts mehr! Denn Dr. Brüning wird selbstverständlich alsdann erst einmal hören müssen, was nun — die andern sagen! Was sie antworten, wenn er zu verhandeln gibt, offiziell, auf der Reparationskonferenz, daß einseitige deutsche Ansicht sei, die einzig mögliche Schlussfolgerung aus der geschilderten Situation Deutschlands sei eben nur die Streichung der Reparationen. Was werden dann die andern offiziell, auf der Reparationskonferenz darauf antworten? Das Gerücht über Frankreich, Dr. Brüning habe die deutsche Zahlungsverweigerung zum Ausdruck gebracht, ist schnell verstummt, als nun bekannt wurde, daß der Reichszentralrat auch dem französischen Vorschlag — ihm sogar zuerst — klaren Wein über das eingeleitete Spiel, was in den obigen Sätzen gesagt ist und was man wohl als den Ausgangspunkt für die deutsche Arbeit auf der Konferenz bezeichnen darf. Aber — auch darüber darf man sich keinen Wunsch träumen hingeben! — es wird sich erst noch herausstellen müssen, ob die andern die deutsche Ansicht über die einzig mögliche Lösung für richtig halten werden. Laval, J. V., Herausgeber der Londoner Finanzzeitschrift „Economist“, englischer Vertreter auf der letzten Baseler Konferenz und als solcher Verfasser eines Berichts, der die Reparationszahlungen als eine der Hauptgründe für die deutsche und außerdem für die Weltwirtschaft erklärt hat, ist zwar von der gegenwärtigen Zahlungsunfähigkeit Deutschlands überzeugt, nicht aber auch von der zünftigen, wenn sich nur auf der Konferenz eine Revision erreichen lasse. Und darum wird man zunächst einmal abwarten müssen, was die andern sagen, nachdem deutscherseits dargelegt ist, welchen ersten Schritt der Reichszentralrat tun wird.

Was England, was Frankreich machen wollen, ist nach dem anscheinenden Scheitern der bisherigen Pariser Verhandlungen vorerst unbekannt. Es ist nicht ohne politische Bilanz, daß sogar der „Times“ mit tiefer Verärgerung feststellt, nicht mehr wie früher hätten sich die belagernden „Experten“ — des Außenministers — diesmal vor einer internationalen Konferenz einigen können und alles sei in der Schwebe zwischen Paris und London. Infolgedessen ist dort nicht jede Gemütsregung in der Öffentlichkeit nun auch gleich als eine Festlegung für die kommende Konferenz aufzufassen und „auszuwerten“. Dabei sind auch jene Befürchtungen vorläufig noch mit Vorsicht zu beurteilen, die das „Kommen“ der Konferenz überhaupt bezweifeln. Eine offizielle Erklärung hierüber wird erst erfolgen, wenn Laval mit seinem „neuen“ Kabinett vor die Deputiertenkammer tritt. Briand steht als Außenminister — und das ist, obwohl nur äußerlich, doch bezeichnend auch für die innere, die politische Einstellung des Kabinetts, nachdem die Erweiterung nach links zu den Sozialradikalen hinüber an der Weigerung Herrichts gescheitert ist. Briand aber war in den Augen der Rechten und der Mitte, also der Regierungskoalition, sozusagen der bedenkliche Schwächling an dem ihnen sonst sehr sympathischen bisherigen Kabinett Laval. Der ist jetzt fortgewischt. Und Tardieu, der einst, nach der zweiten Haager Young-Plan-Konferenz, ein so eigenartiges Spiel mit dem „Recht auf Sanktionen“ trieb, ist Kriegsminister geworden. Auch über diesen „Erst Maginot“ wird die Regierungskoalition Laval's wenig böse sein, und sogar die Opposition der allernachsten Rechten wird dem neuen Kabinett Laval ein wenig nachsehen — an jene „Sanktionen“ und sprechen darüber. Mussolini tat es; er sagt zwar, die Zeit der Besetzungen wie die der Ruhr sei vorüber, sagt aber gleichzeitig „würde!“ und fragt noch, was in diesem „würde!“ aus dem Völkerbund und dem Locarno-Pakt werden „würde!“ Das ist eine Frage, die überhaupt schon in vielen „Sanktionen“ gestellt und — nie beantwortet worden ist! Es geht nämlich Dinge, die derart verblüffen sind, daß ein Volk ihnen gegenüber geradezu als undurchsichtiger Körper erscheint!

Wenn das Auge des Deutschen allein schon über diese paar gegenwärtigen Tatsachen, Feststellungen und — Drohungen streift, so ist Grund überlegen dafür da, daß die Ketten vibrieren. Und darin unterscheidet sich das

Das Rätselraten um Lausanne.

Erst Moratorium, dann Endlösung?

Eigenartige englisch-französische Verhandlungen.

Ein amerikanisches Nachrichtenbureau hat die Meldung verbreitet, daß die deutsche Regierung nicht weiter auf sofortige Streichung der Tribute bestünde, sondern einer sechsmonatigen Verlängerung des gegenwärtigen Moratoriums zustimmen werde. Das Komproß, zu dem Deutschland bereit sei, sehe Zahlungen von einer halben Milliarde jährlich vor.

Es braucht kaum betont zu werden, daß diese Meldung in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Der deutsche Standpunkt ist unverändert. Deutschland wird in Lausanne auf eine Endlösung hinarbeiten.

Daß der Gedanke, eine Endlösung der Tributfrage noch hinauszuschieben, aber in den Verhandlungen zwischen England und Frankreich noch immer eine Rolle spielt, geht aus einer längeren englischen offiziellen Erklärung hervor, in der es heißt, die englische Regierung werde sich, da unter den gegenwärtigen Umständen keine Aussicht auf eine sofortige endgültige Regelung der Tributfrage bestehe, mit einem Vorbehalt zufrieden geben, um Zeit zu gewinnen. Die im Augenblick nicht zu erreichende Dauerlösung müsse aber beständig herbeigeführt werden. In Regierungskreisen hoffe man auf ein gewisses Maß von Übereinstimmung zwischen Frankreich und England, so daß diese beiden Regierungen mit einem Plan an die Konferenz herantreten könnten. Sollten in dieser Hinsicht Fortschritte gemacht werden, so werde sich später, wie man annimmt, ein dauerndes und allgemeines Abkommen erzielen lassen.

Und diesem Grunde begünstigt man daher jetzt mehr ein kurz- als ein langfristiges Moratorium, wünsche aber gleichzeitig, daß sich die interessierten Regierungen dem Pläne einer Dauerregelung zuwenden.

England für den City-Plan: Kurzmoratorium.

Das englische Kabinett hält daran fest, daß die Lausanner Konferenz planmäßig am 25. Januar beginnen soll, vorausgesetzt, daß Frankreich zu diesem Zeitpunkt daran teilnehmen kann. Man hofft in London zuversichtlich, daß das neue französische Kabinett im Laufe der nächsten Woche ein Vertrauensvotum von der Kammer erhalten wird, so daß dann dem Erscheinen der französischen Vertreter in Lausanne nicht mehr im Wege steht.

Außenminister Simon und der Schatzkanzler Neville Chamberlain werden nach Lausanne fahren, während die Teilnahme des Handelsministers Runciman angedacht der voraussichtlichen Veränderungen des Programms der Konferenz zweifelhaft ist. Die Vorbereitungen der englischen Regierung zur Konferenz stützen sich auf den sogenannten City-Plan, der vorsieht, daß die Konferenz zunächst ein kurzes Tributmoratorium für Deutschland beschließt.

Amerikanischer Frontwechsel?

Schwankung in der Kriegsschuldenfrage.

Aus unrichtigen Kreisen Washingtons wird geschrieben, die Artikel Mussolinis hätten in amtlichen Kreisen nicht überrascht. Präsident Hoover habe immer wieder betont, daß der erste Schritt nicht von Washington, sondern von Europa

ausgehen müsse. Nach seiner Ansicht sei es am besten, zu warten, bis sich die europäischen Mächte über die Tribute geeinigt hätten. Ein solches Vorgehen würde keine Stellung für den Fall härten, daß späterhin die europäischen Mächte mit genauen Vorschlägen für eine Revision oder Streichung der Kriegsschulden an Amerika herantreten sollten. Hoover werde dadurch, daß

weil gar nicht von dem, was getrennt und schon seit mehr als einem Duzend Jahren für uns einen Schrecken ohne Ende bedeutet; leider liegt ja durchaus nicht immer nur, wer „die besseren Kerben“ hat. Genau so werden in den nächsten Wochen wieder von draußen her zahlreiche Nervennadeln auf uns erfolgen, wird man unerböhrte Anforderungen an das Flecken, was Friedrich der Große so mandem Verjagenden zurief: „Haltung!“ Für diese Wochen scheint innenpolitisch die Weiterführung des Streits um die Neuwahl des Reichspräsidenten etwas in den Hintergrund geschoben zu sein. Erst soll sich wieder — zum wiederholten Male — deutsches gemeinsames Schicksal entscheiden, ehe wir daran gehen werden, uns über die Art auseinanderzusetzen, wie wir im Innern unseres Reichshauses wohnen und leben; und wieder — zum wiederholten Male — rüttelt an seinen Grundfesten und Mauern der pfeifende Sturm der Gewalt. Dr. Br.

er keinerlei Verantwortung für die Entscheidung in Europa habe, in die Lage verlegt,

nach einmal an den Kongress heranzutreten

und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß sich das amerikanische Parlament den Ereignissen in Europa nicht verschließen dürfe. Die öffentliche Meinung in Amerika, auf die Mussolini Bezug nehme, verlange einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise, und werde jeden Schritt gutheißen, der von den erwähnten Führern empfohlen werde.

Aus New York wird gemeldet, daß ein amerikanischer Frontwechsel in der Kriegsschuldenfrage als sicher betrachtet werde. Selbst die schärfsten Gegner einer Streichung oder Herabsetzung der Schulden hätten jetzt,

nach der deutschen Erklärung,

daß weitere Tributzahlungen unmöglich seien, erkannt, daß eine Lösung gefunden werden müsse. In Washington spreche man bereits ganz offen die Ansicht aus, daß den Vereinigten Staaten nichts anderes übrigbleibe, als entweder die Kriegsschulden freiwillig herabzusetzen, oder überhaupt nichts zu erhalten.

„Am Ende der Reparationen?“

Der bekannte englische Finanzfachverständige Keynes veröffentlicht in einer englischen Zeitung einen Artikel, „Am Ende der Reparationen?“, der in politischen Kreisen großes Aufsehen erregt.

Die beste Lösung wäre es nach Keynes' Ansicht, die Konferenz nach kurzer Dauer zu vertagen und das Moratorium an Deutschland bis zum 15. Dezember zu verlängern. Aber dafür solle auf der Konferenz Deutschland die blühende Zusage gegeben werden, daß die Gläubigermächte noch im Jahre 1932 einen Plan für eine Endlösung vorlegen werden. Keynes' Auffassung dürfte sich mit den Absichten der englischen Regierung decken.

Gegen Tribute — für freien Warenaustausch.

Präsidialaktion des Reichsverbandes der Industrie.

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich in seiner Sitzung unter dem Vorsitz Dr. Krupp von Bohlen und Halbachs mit der neuesten Entwicklung der Reparationsfrage, insbesondere mit dem zweiten Baseler Bericht und den Erklärungen des deutschen Reichszentralrats.

Auch der Reichsverband der Deutschen Industrie ist der Auffassung, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich macht, und daß jeder Versuch, das System solcher politischen Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse.

Für die Weltwirtschaft ist ein freier Warenaustausch eine unerlässliche Voraussetzung. Dieser freie Warenaustausch wird aber durch die Reparationen verhindert, weil durch sie das Schuldnerland zu einer Ausfuhrsteuerung gezwungen wird, gegen die sich die empfangenden Länder mit allen denkbaren Mitteln zur Wehr setzen. Solange dieses Mißverhältnis zwischen dem Ausfuhrzwang einerseits und der mangelnden Aufnahmefähigkeit der Empfängerländer andererseits andauert, ist eine Wiedergelung der Weltwirtschaft nicht herbeizuführen. Sie ist auf keinem anderen Wege zu erreichen, als eben durch die endgültige Beseitigung der Reparationen als des entscheidenden Störungsfaktors.

Der Vorsitzende des ersten Unterausschusses des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses, Dr. v. Simson, berichtete über

die deutsch-französischen Verhandlungen.

Er hob dabei hervor, daß diese Verhandlungen in den letzten Wochen einen verhältnismäßig befriedigenden Verlauf genommen hätten, wenn nicht in den letzten Tagen durch Maßnahmen der französischen Regierung gewisse Störungen

in die Erscheinung getreten wären. Die deutsche Industrie sei nach wie vor bereit, jeden geeigneten Weg zu einer privatwirtschaftlichen Verständigung zu beschreiten, doch hänge der Erfolg aller dieser Bemühungen entscheidend davon ab, welche Haltung die französische Regierung einnehmen werde.

Verschiebung der Tributkonferenz?

Noch keine Entscheidung über den Konferenzbeginn

In der französischen und zum Teil auch in der englischen Presse werden Gerüchte verzeichnet, die von einer Verschiebung der Tributkonferenz sprechen. In Berlin ist von einer derartigen Absicht nicht das